

DIE VERFASSUNG IST KEIN SELBSTZWECK

Zur Ausgabe Herbst 2026

Die Rede von den »Feinden der Demokratie« ist in Deutschland für Besitzstandswahrer unverzichtbar, weil sie gönnerhaft unterstellt, Demokratie sei Realität und man gehöre zu ihren Freunden. Aber nicht irgendwelche Feinde tun ihr Abbruch, vielmehr jene, die den Begriff erbeutet, überfrachtet, verschlissen und entleert haben.

In seinem Kunstmärchen »Des Kaisers neue Kleider« (1837) erzählt Hans Christian Andersen davon, wozu Herrschende und Untertanen bereit sind, um vor den anderen nicht als inkompetent und beschränkt zu gelten. Die von betrügerischen Schneidern gefertigten Kleider sind Einbildung; der Kaiser ist nackt. Aber niemand will das eingestehen, auch der Kaiser sich selbst nicht. Lieber maßregelt man die eigene Sinneswahrnehmung, als in schiefes Licht zu geraten.

Ganz ähnlich wie die eingeredete Übereinkunft bei Andersen den Kaiser als prächtig gewandet zu sehen befiehlt, schützt sie im selbstgefälligen Palaver der deutschen Altparteien vor der Erkenntnis, dass deren Idole nackt sind – inhaltsleer, Wortgeklengel, zerfließend, unbegrenzt auslegungsfähig für die Zwecke von Parteiklüngeln und ihrer Klientel.

Vielfalt der Lebensweisen, Paarungen, Herkunft und Hautfarben gilt in Berufungsgremien wie in Werbeagenturen nach wie vor als Nonplusultra des Erstrebenswerten. Was einst verfeimte Minderheiten zum Kampf um ihr Lebensrecht antrieb, ist in *Diversity* ertrunken: im unterschiedslosen Pochen auf besondere Wertschätzung. Im leerlaufenden Akzeptanzbetrieb resultiert das Selbstbild aller Anwärter aus Identitätspolitik und geht auf im Anspruch auf Gleichstellung um der Kompensation von Benachteiligung willen. Mit der Masseneinwanderung schließlich gleitet die Abgleichsroutine in eine Dynamik der Selbstzerstörung. Aus »der ›Gerechtigkeit‹ und der ›Solidarität‹ wurde die Selbstgerechtigkeit, mit der immer neue Opfergruppen uferlose Forderungen an die Solidargemeinschaft der autochthonen Bevölkerung stellen« (Peter J. Brenner in *TUMULT*, Frühjahr 2026).

Seit Jahrtausenden ist Europa die Heimstätte wirklicher Vielfalt, Integral politischer, religiöser und sozialer Gegensätze. Humanismus und Aufklärung kultivierten einen *Toleranzbegriff* und suchten mit ihm Burgfrieden und Fortschritt zu sichern. Die heute allorten plakatierte »Toleranz« gründet in Gleichgültigkeit und erspart sich Auseinandersetzung.

Alle politischen Lager hofieren die *Selbstbestimmung* des Individuums. Als letzte unantastbare Leitidee der atomisierten Konsumgesellschaft jedoch ist sie heillos überfordert (wovon die Verkäufer profitieren). Unter dem Selbst des Netzsinsassen sollten wir uns nichts Eigenständiges, Authentisches, Beharrendes und Gründendes mehr vorstellen – besser nur eine Resultante, eine abhängige Variable, eine Schnittstelle im Datenverkehr. Der Einzelne wächst heute in die Vereinzelung hinein. Verkapselt und durchlässig zugleich, ist er kein autonomes Individuum, nicht einmal fremdbestimmt, sondern ex-zentrisch weltoffen. Was ihn bindungsfähig macht, regt sich nur noch dort, wo das fügsame Selbst schweigt und der wiederbelebte, nicht rechtfertigungspflichtige Eigensinn zu gemeinsamer Gegenwehr findet.

Unsere »weltoffene Demokratie« ist eine Postdemokratie. Ihre Bürger stehen unter staatswirtschaftlich austarierter Vormundschaft. Sie sollen wählen und am großen Ganzen mitwirken – aber möglichst im Sinne eines beschworenen Globalverstands. Diesem gilt Massenmigration als Inbegriff der Menschheitsgeschichte. Die Regierung agiert unter Aufsicht des Verfassungsgerichts und überklebt ihre Notlösungen mit Werte-Etiketten oder beruft sich auf Erfordernisse des »demokratischen Zusammenhalts«. Die Willensbildung des Volkes wird supranationalen Institutionen untergeordnet und von Maßnahmen zur Weltrettung (Klimapolitik) außer Kraft gesetzt.

Kurzum, die Verweser der Postdemokratie halten zum Schutz der Demokratie eine weitgehende Entmachtung des Volkswillens für geboten. Daran bereichern sich jene Klüngel und Seilschaften, die ihre Vorteilsnahme universalistisch verbrämen.

Einst bewegte der Sinngehalt der »westlichen Werte« die Massen. Demagogischer Dauereinsatz, entgrenzen- de Medientechnik und globale Kulturindustrie haben auch noch seine hypermoralischen Restbestände verflüssigt. In der »semantischen Entleerung« (Reinhart Koselleck) der Leitbegriffe spiegelt und vollendet sich das Ende der alten Gewissheiten. Unser Direktorium trägt die »Werte« weiterhin – und nun erst recht – als Monstranzen des Fraglosen vor sich her. Verbissen beschwört es die »Wertegrundlage« – sie wurde ja nicht angefochten und nicht abgelöst. Sie ist gleichsam verdunstet – in Deutschland als homöopathische Verdünnung einer Aufstiegserzählung, die in der Nachkriegszeit den Angehörigen aller sozialen Klassen einleuchtete. Ihre Auflösung hinterlässt verbranntes Sinn- gelände. Die Akteure des politischen Tagesgeschäfts behelfen sich mit Flickschusterei und Versatzstücken alter Erfolgsrezepte: »Die Menschen brauchen Sicher- heit, Stabilität und ein besseres Krisenmanagement.« – »Wir wollen Gerechtigkeitslücken schließen ...«

Blicken wir auf einen Brennpunkt der Problemland- schaft, die überfällige *Reform der gesetzlichen Rente*. Getrieben von den Menetekeln der »Sonntagsfrage«, schütteln **CDU/CSU** und **SPD** ihre letzten Programm- schlacken ab und folgen den Empfehlungen der Renten- kommission – hin zu weiterer Entgrenzung: Statt die Erfüllung von Kinderwünschen zu erleichtern und die Armutseinwanderung zu beenden, akzeptiert man, dass Deutschland ein »schrumpfendes Land« sei, und koppelt das Rentensystem von der demografischen Entwicklung ab. Man bindet das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung, belastet die Versicherten und die Unternehmen und gibt Leistungsträgern weitere Gründe zur Auswanderung. Als »Gamechanger« wird die Einführung einer verpflichtenden Kapitalrente gefeiert. Sie liefert das System dem Auf und Ab der Aktienkurse aus und schafft damit ein weiteres Feld für Beutegreifer (Fondsmanager). Das Arbeitsleben verliert so jeden gemeinschaftlichen Sinnhorizont.

Ein anderes Musterbeispiel für orientierungslose Politik sind die Berliner Versuche einer Bewältigung der *Energiekrise*. Lange Zeit hat man dem Kostenfaktor alle politischen Faktoren untergeordnet (und die Ab- hängigkeit von Russland ausgeblendet). Unabhängig zu werden, erhofft man sich durch die teure und unzu- verlässige Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Vollstreckt wird eine trügerische »Energiewende« mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern (minuziös beschrieben von Carsten Germis in *TUMULT*, Frühjahr 2026). Zugleich schaltet man die Kernkraftwerke ab

und verschweigt, dass bald Reaktoren verfügbar sind, die ihre radioaktiven Rückstände nahezu vollständig wiederverwerten. Wonach die eine Hand greift, stößt die andere beiseite.

In der *Migrationspolitik* wächst seit 2015 nicht nur die Brisanz der Zielkonflikte, sondern auch deren Ver- nebelung. Die Zuständigen in Stadt, Land, Staat und **EU** wissen nicht, was sie tun, weil sie nicht mehr wissen, was sie wollen (sollen). Menschenfreundlich sein, die Grenzen öffnen, das Asylrecht durchsetzen, es reformieren, Überforderung vermeiden, unerwünschte Einwanderer abschrecken, erwünschte anziehen, die Asylantragszahlen senken, um der **AfD** das Wasser abzugraben? Wie und warum? Was ergänzt sich, was beißt sich? Die normativen Voraussetzungen der Maß- nahmen tragen nicht mehr; ihnen zu trauen führt in die Irre. Teilweise plausibel oder nicht, die deutsche Regierungspolitik hat keinen Zusammenhang, keine Grundlage, keine Zukunft.

»Wir müssen jetzt liefern!« ermahnen sich die Ver- zweifelten. Und flüchten in Ersatzhandlungen, die ihre Orientierungsnot noch vergrößern.

Im Teufelskreis

Die Berliner Altparteien, Linke inbegriffen, kamen bei ihrer Klientelpolitik nie ohne die Weihe höherer Werte aus. Nüchtern hätten sie ihre Anliegen nicht erklären können, auch selbst nicht verstanden. »Freiheit«, »Ge- rechtigkeit«, »Frieden«, »Demokratie« waren für sie weit mehr als Ideologie; sie gaben Rahmung, Halt und Weisung. Nun, mit fortschreitender Begriffsentleerung, schwinden den »Wohlgelassenen« (Alexander Wendt) die Sinne. Vor der nächsten »Sonntagsfrage« bangend, klammern sie sich an ihren Markenkern; aber es fehlt ihnen die Überzeugung. Sinnsuchend greifen sie ver- stärkt auf das Unanfechtbare zurück, die Bekämpfung des Bösen, das Aufstöbern und Bloßstellen von Un- menschen. Der Bedarf nach »Antifaschismus« ist in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen.

Im politischen Jargon klingt das nackte Schlagwort »rechtsextremistisch« wie ein Komprimat alles Verwerf- lichen. Geradezu dürftig hört sich dann die Deutung des Verfassungsschutzes an: Die **AfD** sei »gesichert rechtsextremistisch«, weil sie insgesamt zu einem »ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff« tendiere und danach trachte, Staatsbürger mit nichtdeutscher Abstammung zu vertreiben. Das Oberverwaltungs- gericht in **NRW** sah 2024 Verdachtsmomente für »Be- strebungen der Partei gegen die freiheitliche demo- kratische Grundordnung« respektive für Verletzungen

der Prinzipien von Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, erkennbar vor allem daran, dass die AfD beabsichtige, »deutschen Staatsangehörigen islamischen Glaubens einen rechtlich abgewerteten Status zuzuerkennen«.

Beim Befürchten, Unterstellen und Aufdecken des Schlimmstmöglichen lassen Politiker und Kommentatoren alle intellektuellen Bedenken fahren. In der Spiegel-Sphäre sprechen Redakteure mit Antifa-Aktivistinnen und mit Ministerpräsidenten und Fachleuten in behaglicher Verständnisinnigkeit sowohl von »Feinden der Demokratie« als auch von »Nazis« und »Rassisten«. In den Äußerungen von Funktionären und Mandatsträgern der AfD fahndet man nach Stellen – Indizien der Nähe zu dem, »was sich nie mehr wiederholen darf«. Dummdreiste Tabuverletzungen wie das Zeigen des Hitlergrußes durch Jugendliche, stimuliert vom Reiz des Verbotenen, werden als Vorzeichen einer Wiederkehr von Nationalsozialismus beziehungsweise Faschismus präsentiert.

Es ist ein Teufelskreis: Die Wohlgesinnten tanken Evidenz, um ihre Selbstgewissheit zurückzuerlangen, und strapazieren dabei ebenjene moralischen Grundsätze, deren Ausuferung zur Hypermoral ihre operative Verwirrung steigert. Sie setzen Unmut über die Einwanderung von Moslems und deren Folgen mit der nazistischen Judenverfolgung gleich. Sie inszenieren ihre Orientierungslosigkeit als Weltoffenheit und die Anwesenheit einer wachsenden Zahl von Moslems in Europa als Toleranzbewährungsprobe.

Wenn also die scheiternden Linksliberalen mitsamt christdemokratischer Nachbarschaft auf der Suche nach Orientierung das Unbezweifelbare bemühen, gelangen sie stets zu dem Fazit – das gilt neben der evangelischen auch für die katholische Kirche –, dass Deutschland dazu verpflichtet sei, Menschen aus aller Welt aufzunehmen – vergleichbar dem Petersplatz in Rom, wo sich zwischen den Kolonnaden die Pilger aller Nationen als »große, weltumspannende Familie« erlebten (so jüngst der Passauer Bischof Stefan Oster). Wer zwischen vertrauten, ähnlichen und kulturfremden Menschen unterscheide, offenbare demnach eine völkische und rassistische Haltung, mit welcher – unter »Demokraten« – keine Verständigung möglich sei.

Nimmt man die Alarmrufe der Nenndemokraten ernst, lässt sich der Kulturkampf gegen »Rechts« in zwei Postulaten zusammenfassen: »Verhindert eine neue Nazierrschaft!« und »Toleriert den Islam!« Ersteres ist gesinnungsethischer Schall und Rauch; niemand fürchtet ernstlich eine Wiederkehr des Naziregimes

oder Ähnliches. Die Verteidigung von »Freiheit und Demokratie« läuft somit auf *eine* Kernforderung hinaus: »Toleriert den Islam!« Den Islam aber näher zu betrachten, steht im Geruch der Diskriminierung, also der Verfassungsfeindlichkeit.

Der inhärente Verfassungsauftrag

Ein stiller Kampf um das Gebot des Grundgesetzes ist entbrannt: Scholastik gegen Evidenz. Die Deutung der Anfangsartikel (»Die Grundrechte«) nach dem reinen Wortsinn hat das Grundgesetz ad absurdum und Deutschland in eine groteske Zwangslage geführt. Müssen wir, um verfassungstreu zu sein, letztlich auch die Auflösung der deutschen Nation verkraften, ja sogar fördern? Die Äußerungen mancher Politiker und Publizisten lesen sich so.

Jede Nationalverfassung wird unter einem elementaren Vorbehalt geschrieben: Sie hat zur Fortexistenz des gesetzgebenden Volkes beizutragen, sie nicht zu unterminieren. Das ist auch denen klar, die alle Erdenbürger mit Zuwanderungsinteresse an den Segnungen des Grundgesetzes teilhaben lassen wollen. Aber sie haben Gründe, an ihrer Lesart festzuhalten: Pfründe und Einfluss zu sichern und/oder einen jakobinischen Erziehungsdünkel auszuleben. Neuerdings kommt in Deutschland ein Motiv mit Bürgerkriegspotenzial hinzu: die Verzweiflung von Meinungslenkern, die jahrzehntelang unangefochten geherrscht haben und nun ihre Felle davonschwimmen sehen. Ein überholter Zeitgeist will Vorgänge, die für die »Väter und Mütter des Grundgesetzes« unvorstellbar waren, nämlich Zuwanderung aus Asien und Afrika in Millionenhöhe, mit dafür nicht gedachten Leitbegriffen regeln. Wer einwendet, dass ein *deutsches* Grundgesetz kein Weltgesetz sei, wird als Verfassungsfeind gebrandmarkt.

Etwas, das sich von selbst verstand, musste und konnte 1949 und auch noch 1990 nicht ins Grundgesetz geschrieben werden. In Art. 1 Abs. 2 GG bekennt sich »das Deutsche Volk« zu »unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten« – unter der stillschweigenden Annahme, dass deren Einforderung nicht seine Existenz gefährdet. Art. 4 Abs. 2 GG gewährleistet »die ungestörte Religionsausübung« – aber selbstverständlich nicht die Duldung einer politischen Doktrin, die sich als Religion *und* als von Gott erteilter Überwältigungsauftrag versteht. »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« (Art. 16) – Einzelschicksale, keine Völkerschaften. Das Diskriminierungsverbot verkehrt sich ins Gegenteil, wenn mit seiner Hilfe für ersetzbar erklärt wird, was die Kinder Deutschlands und Europas

teilen: Gesicht, Sprache, Zivilisationserbe, kulturelles Kapital (Vertrauen). Die »Antiautoritären« der 1960er Jahre mochten es geringgeschätzt haben – im Sog und Taumel totaler Entgrenzung hängt an ihm die Hoffnung auf Wahrung von Welthaltigkeit, Anwesenheit, Da-Sein.

Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen dem Verschwinden des Politischen aus der Politik und deren Orientierungslosigkeit (als ziellosem, von politischen Rackets geschröpftem Dienstleistungsbetrieb). Offensichtlich ist es verfassungswidrig, das deutsche Grundgesetz von seinem Auftraggeber, dem deutschen Volk, emanzipieren zu wollen. Verfassungstreu sein heißt wohl eher, ihn wieder ins Recht zu setzen. Wie anders soll Politik ihre Lotung zurückgewinnen – die Kompetenz zu entscheiden, was vordringlich ist und was nachgeordnet? Wie anders als in erneuerter Solidargemeinschaft sollen die Sprösslinge einer Wohlgefühlgesellschaft die Belastungen durch unvermeidlich steigende Sozialabgaben und Verteidigungskosten ertragen können?

Dass wenige Jahre nach 1945 in »Trizonesien« ein Grundgesetz für Deutschland zustande kam, war ein Akt der Selbstbehauptung. Später konnte der »wiedervereinigte« Rumpfstaat seinem Geschick, die Zentrale Europas zu sein, nicht mehr entkommen – gewissermaßen ein erweiterter Verfassungsauftrag zur Selbstbehauptung. Dem alternden Europa droht heute die schleichende feindliche Übernahme durch eine fremde Kulturmacht. Und kein anderes Land als Deutschland kann die europäischen Völker zu gemeinsamer Gegenwehr inspirieren.

Man kann einer Gefahr auch durch Daueralarm erliegen. Seit einem Vierteljahrhundert warnen Islamwissenschaftler und Historiker vor den Folgen einer Masseneinwanderung von Moslems nach Europa. Von der jüngsten Entwicklung bestätigt, tragen sie vor: Zwischen Islam und Islamismus, Gottesdienst und Herrschaftsanspruch, ist nicht zu trennen. Alle Moslems sind zur Etablierung eines weltweiten Kalifats verpflichtet; über die Mittel der Wahl – Druck, Vorbild, Drohung, Tarnung, Anschlag, Dschihad – entscheiden allein die Erfolgsaussicht und der fromme Eifer. Christliche und jüdische Gemeinschaften haben in islamisch dominierten Ländern keine Zukunftsperspektive, Konzepte eines reformierten Islam nirgendwo Durchsetzungschancen. Frauen und Ungläubige sind für die Scharia ein für alle Mal Menschen minderen Rechts, sexuelle Minderheiten todeswürdig.

Aber das Darlegen und Alarmieren stumpft im Lauf der Jahrzehnte ab. Auf die selbstgewisse Demonstration

vormoderner Unterwürfigkeit reagiert die Mehrheit der Westeuropäer mit furchtsamer oder interesseloser Berührungsscheu, eine Minderheit mit ohnmächtigem Ingrim. Nach Metzeleien und Schändungen kocht kurz Empörung hoch. Die Kommunen zeigen sich überfordert und verlangen, besser alimentiert zu werden. Die oberste Maßregel ist: Nur keine Islamophobie!

In Deutschland dürfte der muslimische Bevölkerungsanteil (mit leicht überdurchschnittlicher Fertilität) bei fortgesetzter Schrumpfung der übrigen Bevölkerungsanteile um die Mitte des 21. Jahrhunderts auf mehr als 20 Prozent und gegen 2070 auf etwa 30 Prozent angewachsen sein; über den fatalistisch hingenommenen Dauerzustrom an jungen Männern hinaus droht zudem neuer Massenansturm aus Vorderasien und Afrika (nach Kriegen oder Naturkatastrophen). Zwar wird das Lebensgefühl wohlstandssatter Beliebigkeit – der für Kulturfremde einzig wirksame Integrationsfaktor – vermutlich auch große Teile der eingewanderten Moslems erfassen; eine strenggläubige – und wortführende – Minderheit jedoch wird durch ebendiese Beliebigkeit dschihadistisch aufgeputscht.

Es vollzieht sich ein langsamer Kultursturz, hartnäckig geleugnet von den Wohlgesinnten. Die westeuropäischen Gesellschaften (wenn man sie noch so nennen darf) werden durch lähmende Furcht vor dem Ende des Landfriedens kirre gemacht. Zusehends koppeln sich Scharia-ergebene Stadtviertel aus der staatlichen Rechtsordnung ab. Demnächst wird eine erstarkende kulturelle Sperrminorität in Schulen, Verbänden, Parteien und öffentlichen Einrichtungen Respekt und Mitsprache einfordern.

Die islamische Anmaßung provoziert allerdings zugleich den erbitterten Widerstand derjenigen, die zur Rückbesinnung auf das Unsere fähig sind. Das Bedürfnis nach Gegenwehr dringt auf Politisierung, auf einen organisierten Kulturkampf.

Solche Notwehr ist in Deutschland Angelegenheit einer verfassungsradikalen Partei, die Zähmung des Islam indessen eine Sache *europäischer* Selbstbehauptung. Welche Partei unter Zukunftsverdacht ist in Deutschland, Europas Mitte, willens und fähig, die Verfassung vom kosmopolitischen Kopf auf die Füße des Volkes zu stellen und benachbarte Völker in ein Abwehrbündnis zu holen? Mir fällt nur eine einzige ein, und diese müsste sich, um das Vertrauen der Mehrheit zu gewinnen, *auf lange Sicht* Rückhalt sichern: Aussicht auf einen Großraum Europa eröffnen. Vonnöten ist eine europatriotische **AfD** gegen die von Brüssel versuchte Weltregulierung.